

HANDELN FÜR DEMOKRATIE NO 12

Eine neue Debatte

Der NSU hat über 13 Jahre 10 Menschen ermordet und 17 Banken ausgeraubt. Seit November 2011 wissen wir das. Hat dieses Wissen zu einer Erschütterung geführt? Hat es die Republik geändert? Ist es zu Reformen gekommen? Bei den Behörden, deren gründliches Versagen in der ganzen Welt Stauern hervorbrachte? Würde der Verfassungsschutz umgebaut, Leute gefeuert? Macht die Polizei jetzt rassistisch-kritische Polizeiarbeit und schult sie ihr Personal? Das moderne Deutschland verhält sich provinziell, kleinlich und – seinem Anspruch ein bedeutender Ort auf dieser Welt zu sein – nicht würdig. Deutschland kann, wenn es in der globalisierten und kosmopolitischen Welt bestehen will, der Aufgabe nicht ausweichen, ehrlich zu schauen, wie es mit Rassismus und Antisemitismus umgeht. Dabei geht es nicht um den Staat allein. Sondern auch um die Fähigkeit aller, demokratische Kultur zu leben – und einzufordern, was dazu nötig ist. Nein, ich lasse die Zivilgesellschaft nicht aus der Pflicht. Es ist gelebte Arbeit an der Diskussion in der Gesellschaft und es ist jene stringente Humanität, die wir bei allem sehen wollen. Was wir dafür brauchen, haben wir: Meinungs- und Versammlungsfreiheit zum Beispiel – und wenn nicht, klagen wir sie ein. Das geschieht hierzulande jeden Tag. Damit wir weiterhin meckern können und protestieren gegen das Desaster in der Flüchtlingspolitik, gegen Politiker, die ihr Wort nicht halten, die alles was mit Flüchtlingen und Rassismus zu tun hat abwehren. Die selbstgefällig, starr und bewegungslos in ihren Positionen verharren und Stichwortgeber für populistische Stimmungen auf der Straße bleiben wollen. Das ist unsere Aufgabe, die der Zivilgesellschaft. Nicht die der Politik. Die der Politik ist es unsere Forderungen zu hören und in die Debatte des politischen Alltags zu werfen. Die Verschärfung des Asylrechts ist nicht die richtige Antwort auf die heutige Situation. Wir müssen das Thema noch einmal ganz neu verhandeln. Wir sollten zumindest gelernt haben aus den Pogromen der 90er Jahre, dass Nazigewalt sich nicht lohnen darf. Nach



Von Anetta Kahane,
Vorsitzende
der Amadeu Antonio
Stiftung

Foto:
Peter van Heesen

Rostock und Hoyerswerda wurde das Asylrecht ausgehebelt. Heute ist die Situation anders, wir sind anders. Also brauchen wir auch eine andere Debatte. Und sie muss anfangen mit Rassismus. Was wir brauchen ist eine bundesweite Auseinandersetzung in Schulen, auf der Straße, im Amt, bei der Arbeit. Und die Frage, wie die Zukunft in der globalisierten Welt vor unserer Haustür erleben wollen. Gestaltet oder nur verwaltet. Dabei denken wir an all die Opfer rassistischer Gewalt, die geschlagen, getreten, ermordet wurden. In einem Land, in dem sogar in Qualitätsmedien ernsthaft über das Für und Wider der Sarrazinthesen diskutiert wird, in dem die NPD verboten, »Mein Kampf« jedoch erlaubt werden soll, in dem Opfer beschuldigt und Täter getötet werden. In einem solchen Land braucht es Empfindsamkeit und Empathie. Deshalb gehen Sie raus, tun Sie etwas. Das, was nötig ist für die, die es nötig haben. Geben Sie Kontra, wenn am Arbeitsplatz mit rassistischen Stammtischparolen gewettert wird. Gehen Sie auf die Straße, wenn Rechtsextreme die Geschichte verdrehen wollen. Helfen Sie mit, Flüchtlingen eine Kultur des Willkommens zu bieten. Zeigen Sie Ihre Solidarität mit Betroffenen rassistischer Gewalt. Auch Ihre Spende kann viel bewegen. Wir unterstützen damit Initiativen, die sich vor Ort für eine gelebte Demokratie einsetzen. Eine demokratische Kultur, in der Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus keinen Platz haben.

Mit langem Atem gegen Nazis



Mit Trauerkranz und revisionistischen Parolen halten Rechtsextreme in Bad Nenndorf alljährlich einen sogenannten »Trauermarsch« ab. Den Engagierten vor Ort ist es mit viel Kreativität und Ausdauer gelungen, die Stadt für Neonazi-Aufmärsche unattraktiver zu machen.



Fotos: © Kai Budler, Bündnis Bad Nenndorf ist bunt

Fantasievoll und farbenfroh

Im niedersächsischen Bad Nenndorf engagiert sich ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis unermüdlich gegen Rechtsextremismus

GEFÖRDERTES PROJEKT

Wer zum ersten Mal im Sommer durch Bad Nenndorf spaziert, wundert sich wahrscheinlich über den allgegenwärtigen Schmuck. Laternenpfähle und Bäume, Sitzgelegenheiten und Zäune sind in dem niedersächsischen Kurort bunt umstrickt. »Durch diese farbenfrohe Gestaltung machen wir den Neonazis klar, dass sie hier unerwünscht sind!«, erklärt Thomas Winkler. Er ist Vorstandsmitglied des Bündnisses »Bad Nenndorf ist bunt«, welches sich mit zahlreichen Aktivitäten gegen Rechtsextremismus engagiert. Dieses Engagement ist in dem kleinen, gerade einmal 10 000 Einwohner zählenden Städtchen besonders vonnöten. Seit 2006 veranstalten Neonazis Demonstrationen in Bad Nenndorf, die sie als »Trauermärsche« bezeichnen. Ziel der Demonstrationen ist das Winklerbad, eine ehemalige Kureinrichtung. Diese diente nach dem Zweiten Weltkrieg dem britischen Geheimdienst über mehrere Jahre hinweg als Verhörzentrum, in dem hauptsächlich Nationalsozialisten festgehalten wurden. Die Einrichtung wurde geschlossen, als die Misshandlung und der Tod von mindestens drei Häftlingen ans Licht kam. Anschließend geriet das Winklerbad jahrzehntelang in Vergessenheit. Erst 2005 wurde eine breitere Öffentlichkeit auf das ehemalige Verhörzentrum aufmerksam. Seitdem marschieren an jedem ersten August-Wochenende Neonazis im Rahmen einer geschichtsrevisionistischen Demonstration durch den Ort. Sie drohen, so lange wiederzukommen,

»DIE NAZIS
SIND SCHWER
GENERVT UND
HABEN DEN MUT
VERLOREN«

bis das Winklerbad in ein Foltermuseum umgebaut und Gedenktafeln für die ehemals inhaftierten Nazis aufgestellt werden. In manchen Jahren beteiligten sich mehr als 1000 Rechtsextreme aus dem ganzen Bundesgebiet an den Demonstrationen. Als Reaktion darauf gründeten die entsetzten Anwohner das Bündnis gegen Rechtsextremismus, an dem sich auch Vertreterinnen und Vertreter des DGB, der Kirchen, Schulen und Sportvereine beteiligen. Die Neonazis haben in der Vergangenheit einige Bündnismitglieder mit Drohungen unter Druck gesetzt, diese ließen sich jedoch nicht einschüchtern. Die wichtigste Aktion des Bündnisses ist die alljährliche Gegendemonstration zu dem »Trauermarsch«, welche in diesem Jahr von der Amadeu Antonio Stiftung finanziell unterstützt wird. »Aufgrund unserer Gegenproteste sind die Neonazis schwer genervt und haben den Mut verloren«, freut sich Winkler. In den letzten Jahren nahm die Zahl der an den Demonstrationen teilnehmenden Nazis nämlich stetig ab. Um ein Zeichen für mehr Toleranz und Vielfalt zu setzen, veranstaltete die Bad Nenndorfer außerdem jedes Jahr ein Kulturfest zusammen mit den verschiedenen Religionsgemeinschaften, organisieren Lesungen und Filmvorführungen und informieren an Schulen über die Gefahren rechtsextremere Ideologien. So hat sich Bad Nenndorf von einem Wallfahrtsort der Rechtsextremen zu einem Ort gelebter demokratischer Kultur entwickelt.

Von Carmen Altmeyer

Freundlich und harmlos?

Seit einigen Jahren haben extrem Rechte die Chance erkannt, mit Themen der ökologischen Landwirtschaft, gesunden Lebensweise und artgerechter Tierhaltung eine Brücke zur so genannten gesellschaftlichen Mitte zu schlagen. Gerade im ländlichen Raum finden Neonazis so Kontakt und Anschluss in Nachbarschaft, Schulen und Gemeinden.

Mitten in den grünen Hügeln der Mecklenburgischen Schweiz liegt ein unscheinbares Dörfchen. Ein paar Backsteinhäuser stehen hier und dort zwischen Bäumen und Gräsern, in der Mitte des Ortes erhebt sich eine Kirche. In einem alten Gutshof und den Gebäuden herum haben sich Handwerksleute angesiedelt. Frank Peters*, der Kunstschmied, zog mit seiner Frau Heidrun schon vor Jahren als erster hierher. Bald folgten ihre Schwester Ingrid Hester, die Buchbinderin, und Friedhelm Brohm, der Steinmetz, mit seiner Frau Sarah, einer Hebamme. Christine Wust und ihr Mann Horst wohnen im Gutshaus und haben dort eine Wollwerkstatt eingerichtet. Besucherinnen und Besucher mit Interesse an alter Handwerkskunst und gesunder Ernährung kommen bei diesem Angebot voll auf ihre Kosten. Mit seinen Zimmermannshosen und dem Fischerhemd entspricht Frank Peters perfekt dem Bild des tradi-

tionellen Handwerkers. In seiner Schmiede fertigt er Tore, Zäune, aber auch Äxte und Messer an. Wenn man genau hinschaut, entdeckt man auf den Verzierungen der Messer mitunter Bezüge zur nordischen Mythologie: Auf einem Griff etwa ist der nordische Gott Odin mit seinen Raben Hugin und Munin abgebildet. Die politische Einstellung Friedhelm Brohms und Frank Peters gibt jedoch zu denken: Der Steinmetz war vor ein paar Jahren noch stellvertretender Vorsitzender der NPD in Berlin-Pankow und wurde in der Vergangenheit mit dem rassistisch-antisemitischen Bund für Gotterkenntnis Ludendorff e.V. in Verbindung gebracht. Der Schmied hat die NPD bei einem Aufmarsch in Berlin unterstützt. Seine Verbindungen reichen auch in die Szene der schlagenden Burschenschaften.

Fortsetzung Seite II

»WIR SIND WIEDER DA« – DIE GEFÄHRLICHEN »REICHSBÜRGER«

Seit einigen Jahren treten selbsternannte »Reichsbürgerinnen und -Bürger« in der Kommunalpolitik, aber auch mit Drohbriefen und gewaltsamen Übergriffen verstärkt in die Öffentlichkeit. Dabei handelt es sich um Gruppen oder Einzelpersonen, die die Bundesrepublik für illegitim halten und eine Fortexistenz des Deutschen Reiches propagieren. Dabei stützen sie sich auf antisemitische und geschichtsrevisionistische Elemente. Zwar beschäftigen sich Einzelne seit Jahren mit dieser Ideologie – doch noch immer sind die meisten Verwaltungsbehörden und zivilgesellschaftlichen Handelnden mit der pseudojuristischen Argumentation der Reichsideologinnen überfordert. Wie ist diese überhaupt entstanden und was sind ihre Elemente? Und was kann gegen die Verbreitung ihrer Ideologie getan werden? Hilfe bei der Auseinandersetzung bietet die neue Handreichung »Wir sind wieder da« – Die Reichsbürger: Überzeugungen, Gefahren, Handlungsstrategien«, die bei der Amadeu Antonio Stiftung erhältlich ist. Gefördert wurde die Publikation durch das Bundesministerium des Innern im Rahmen des Bundesprogramms Zusammenhalt durch Teilhabe.

GESUCHT WIRD: PREISWÜRDIGES ENGAGEMENT AUS SACHSEN

Schon seit Jahren versuchen Neonazis in Sachsen gezielt ihre Kräfte zu bündeln und ein antidemokratisches Klima zu prägen. Doch die Gesellschaft reagiert: vor Ort engagieren sich zahlreiche Initiativen und zunehmend auch Kommunen für eine demokratische Alltagskultur und die Anerkennung der Menschenrechte. Akteure vernetzen sich und entwickeln wirksame Strategien für mehr Demokratie und gegen Rechtsextremismus, Rassismus oder Antisemitismus. Mit dem Sächsischen Förderpreis für Demokratie werden bereits zum achten Mal gute Praxisbeispiele von Projekten aus der Zivilgesellschaft und ermutigendes Engagement sächsischer Kommunen prämiert. Ein Preisgeld in Höhe von 5.000 Euro sowie Anerkennungspreise würdigen das Engagement. Mehr unter www.demokratiepreis-sachsen.de.

NAZIS NICHT DAS FELD ÜBERLASSEN

Fast überall, wo Nazis in Erscheinung treten, finden sich schnell auch ein paar mutige Menschen, die sich damit nicht abfinden wollen. Gerade auf dem Land oder in einer kleinen Stadt findet das Engagement gegen Rechts aber oft unter erschwerten Bedingungen statt. Wie kann ich noch andere begeistern? Wie vernetze ich mich sinnvoll? Was kann ich konkret tun? Antworten liefert das Handbuch »Wie im ländlichen Raum demokratische Kultur gestaltet werden kann«. Neben Handlungsempfehlungen für die Kommunalpolitik und Tipps im Umgang mit den Lokalmedien sind zahlreiche Kunstprojekte aufgeführt, die erfolgreich ein Zeichen gegen Rechtsextreme in ihrer Region gesetzt haben. Bestellt werden kann das Buch bei der Amadeu Antonio Stiftung.

NEUES BUNDESPROGRAMM IST EIN ERSTER SCHRITT

Familienministerin Manuela Schwesig hat die Eckpunkte des neuen Bundesprogramms »Demokratie leben – Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit« vorgestellt. Damit soll das Engagement für Demokratie und Vielfalt gefördert werden. Es verspricht eine längere Planungssicherheit und auch die umstrittene Extremismusklausel wird nicht mehr wie bisher verlangt. Doch mit 30,5 Millionen Euro jährlich ist das Programm kaum besser aufgestellt als bisher. Gleichzeitig sollen aber erfolgreiche Ansätze nun auch auf Westdeutschland ausgedehnt werden. »Längerfristig brauchen wir zur Ausweitung des Engagements eine Erhöhung auf 70 Millionen Euro«, so Timo Reinfrank von der Amadeu Antonio Stiftung. »Gerade für die kleinen Initiativen vor Ort, die unmittelbar auf rechtsextreme Entwicklungen reagieren, bleibt die Finanzierung ihrer Ideen schwierig.« Die Stiftung wird den Engagierten weiterhin mit einer unkomplizierten Projektförderung beiseite stehen.

Die Amadeu Antonio Stiftung tritt für eine Gesellschaft ein, in der Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus keinen Platz haben. Wir glauben, dass man gegen Neonazis am wirksamsten mit Initiativen und Projekten vor Ort angehen kann: Initiativen, die sich dauerhaft gegen menschenfeindliche Einstellungen engagieren, und die für Demokratie und den Schutz von Minderheiten eintreten. Hierfür unterstützt die Stiftung lokale Initiativen in den Bereichen demokratische Jugendkultur, Opferschutz, kommunale Netzwerke sowie Hilfsangebote für

Aussteiger aus der Naziszene. Für sie und ihr Handeln gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wollen wir Öffentlichkeit schaffen, ihnen mit Rat und Tat oder auch finanzieller Unterstützung zur Seite stehen. Der Namensgeber der Stiftung, Amadeu Antonio, wurde 1990 von rechtsextremen Jugendlichen im brandenburgischen Eberswalde zu Tode geprügelt. Er war eines der ersten von 184 Todesopfern rechtsextremer Gewalt seit dem Fall der Mauer.

Fortsetzung von Seite 1 Doch mit diesen Aktivitäten fallen die völkischen Siedlerinnen und Siedler im Alltag nicht auf. »Die haben uns nichts getan«, sagt eine Frau, die ganz in der Nähe auf einem Biohof wohnt. »Sie sind freundlich und harmlos. Dass die etwas altertümliche Kleidung tragen, heißt ja noch nichts«, meint sie. »Das wird alles von außen aufgebauscht.«

Dass sie nicht ganz so harmlos sind, musste der Bürgermeister des Nachbarortes erfahren. Auch hier haben sich völkische Siedlerinnen und Siedler niedergelassen. Michaela Tietz, eine von ihnen, hatte im Jahr 2010 für ihr siebtes Kind die Ehrenpatenschaft des Bundespräsidenten beantragt. Die Eltern jedes siebten Kindes werden mit einer Urkunde und einer Prämie von 500 Euro ausgezeichnet. Der damalige Bundespräsident Christian Wulff übernahm die Patenschaft, doch der Bürgermeister des Ortes weigerte sich, die entsprechende Urkunde an die Eltern weiterzuleiten, weil er ihre politische Einstellung nicht unterstützen wollte. Michaela Tietz und ihr Mann Bernd sind in der rechten Szene verankert: Sie ist Gründungsmitglied des Rings Nationaler Frauen, der Frauenorganisation der NPD. Er ist Vorsitzender der rassistischen Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung. Beide zählen zum Kern der rassistisch-antisemitischen Artgemeinschaft Germanische Glaubensgemeinschaft.

Die Urkunde wurde letztendlich den Tietz vom Bundesverwaltungsamt auf direktem Weg zugestellt. Doch das war noch nicht das Ende der Geschichte:

Zuerst nahm Michaela Tietz mit ihren sieben Kindern an einer Versammlung der Gemeindevertretung teil und versuchte dort ihren Anspruch auf die Ehrenpatenschaft gegen den Bürgermeister durchzusetzen. Als dieser sich zur Wehr setzte, wurde auf rechten Internetseiten gegen ihn gehetzt und im Dorf Flugblätter gegen ihn verteilt. Zuletzt marschierten zehn Rechte durch den kleinen Ort, schüchterten die Einwohnerinnen und Einwohner ein und drangen auf das Grundstück des Bürgermeisters vor.

Doch der ließ sich von dem Angriff der völkischen Siedlerinnen und Siedler nicht abschrecken. Gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern aus der Schule, der Kirche, dem Jugendclub, der Feuerwehr und Sportvereinen gründete er im Amtsbereich ein Netzwerk, das sich gegen den Einfluss der Rechten für eine demokratische Kultur im Ort einsetzte. »Nur mit Aufklärung und viel Öffentlichkeitsarbeit kann man wirksam gegen den Einfluss der Siedler vorgehen«, erklärt die Koordinatorin für den Lokalen Aktionsplan der Region, den Aufbau des Netzwerks unterstützte.

Es bleibt zu hoffen, dass auch andere betroffene Gemeinden den völkischen Siedlerinnen und Siedlern auf diese Art begegnen: Mit dem Ausbau einer demokratischen Zivilgesellschaft, die sie erkennt und sich aktiv zusammenschließt, um der völkischen Weltanschauung eine weltoffene Kultur entgegenzusetzen.

Von Anna Schmidt

* Alle Namen geändert. Die richtigen Namen sind der Redaktion bekannt.

»SIE SIND FREUNDLICH UND HARMLOS. DAS WIRD ALLES VON AUSSEN AUFGEBAUSCHT«

In den vergangenen Jahren sind im ländlichen Raum zunehmend Ansiedlungen von völkischen Rechten zu beobachten. Sie entscheiden sich für ein Leben auf dem Land, um jenseits größerer Städte eine unabhängige, rückwärtsgewandte Lebensweise zu führen. In ihrer Umgebung treffen sie auf viel Zustimmung, weil sich ökologisch nachhaltige Konzepte in der Gesellschaft zunehmend durchsetzen. Naturschutz dient in der extrem rechten Vorstellung aber nur dazu, die deutsche »Volksgemeinschaft« und ihren »Lebensraum« zu erhalten. Die Vielfaltigkeit von Lebensentwürfen, Gleichberechtigung aller Menschen und Weltoffenheit haben in dieser Weltanschauung keinen Platz. Die Broschüre »Völkische Siedler/innen im ländlichen Raum. Basiswissen und Handlungsstrategien« erklärt, wie man mit einer starken demokratischen Alltagskultur gegen sie angehen kann. Erhältlich ist sie bei der Amadeu Antonio Stiftung.

Ein Fest ohne Nazis

GEFÖRDERTES PROJEKT Es gibt nur zehn Häuser in Jamel. In sechs davon wohnen bekennende Neonazis samt Familie. Bekannt wurde das Dorf in Mecklenburg-Vorpommern deshalb vor allem mit rechter Gewalt oder durch die Festnahme des bekennenden Neonazis Sven Krüger, der wegen Hehlerei und unerlaubtem Waffenbesitz ins Gefängnis musste. Krüger ist fest in der lokalen Kameradschaftsszene verankert und treibt die Ansiedlung von Gleichgesinnten voran. Viele aus der nicht-rechten Nachbarschaft haben Angst, sich zu positionieren. »Sie haben sogar Angst, uns im Supermarkt zu grüßen – damit sie keinen Ärger mit den Neonazis hier bekommen«, berichtet Birgit Lohmeyer. Schweigen oder wegziehen, das kam für das Ehepaar Lohmeyer nicht in Frage. Um klarzumachen, dass Jamel nicht nur das »Nazinest« ist, haben sie vor acht Jahren auf ihrem Grundstück das Festival »Jamel rockt den Förster« ins Leben gerufen, das von der Amadeu Antonio Stiftung finanziell unterstützt wird. Seitdem hat sich das Fest als feste Alternative zum rechten Mainstream etabliert. Neben lokalen Bands treten auch prominente Musiker auf. Im August werden Alphaville auf der Bühne den Lohmeyers den Rücken stärken. Von Robert Lüdecke

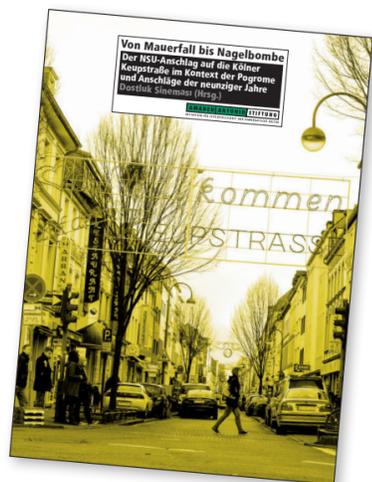


Horst und Birgit Lohmeyer lassen sich nicht einschüchtern. Foto: Georg Hundt

Von Mauerfall bis Nagelbombe

Am 9. Juni 2004 explodierte in der Kölner Keupstraße eine Nagelbombe, die Teil der Mordserie des NSU war. Nach dem Anschlag wurden die Opfer und die gesamte Anwohnerschaft kriminalisiert, während die wirklichen Täter und ihre Strukturen unbehelligt blieben. Rechtsextreme Anschläge und die Verfolgung der Betroffenen statt der Täter stehen in einem größeren Zusammenhang rassistischen Denkens und Handelns, dem seit dem Mauerfall mindestens 184 Menschen zum Opfer fielen. Die Kölner Gruppe »Dostluk Sineması« hat ein Buch mit Augenzeugenberichten der damaligen Anwohner herausgebracht, die eindrücklich von der Tortur berichten, die sie in den Jahren nach dem Anschlag erleben mussten. Ayla Güler Saied von der Gruppe »Dostluk Sineması« berichtet von den Gesprächen mit Betroffenen: »Die Essenz aller Interviews ist das Gefühl ‚Die wollen uns hier nicht.‘ Hier wurde sieben Jahre lang ein Klima der Verdächtigungen und des Misstrauens geschaffen.« Das Buch »Von Mauerfall bis Nagelbombe. Der NSU-Anschlag auf die Kölner Keupstraße im Kontext der Pogrome und Anschläge der neunziger Jahre« ist auch auf türkisch erschienen. Veröffentlicht

wurde es durch die Amadeu Antonio Stiftung, wo es auch bestellt werden kann.



»Wir müssen die Keupstraße in die Mitte der Gesellschaft nehmen«



Am 9. Juni 2004 detoniert eine mit 700 Nägeln bespickte Bombe in der Kölner Keupstraße. 22 Menschen werden zum Teil schwer verletzt. Dass es keine Toten gibt, grenzt an ein Wunder. »Die Explosion schleuderte mich zurück in den Laden, alles war voller Rauch und es lag Brandgeruch in der Luft«, erzählt Abdulla Özkan, der gerade auf dem Weg zum Friseur in der Keupstraße war. Vor Schock konnte er sich nicht bewegen, erst nach einiger Zeit schaffte er es, aufzustehen und vor den Laden zu treten. Auf der Straße bemerkte er dann seine Verletzungen: am Kopf, den Armen und Beinen. »In meinem Hals steckte ein Nagel«, berichtet er. Sieben lange Jahre folgen, in der die Opfer zu Tätern gemacht, und gegenseitiges Misstrauen in der Keupstraße durch die ermittelnden Behörden gestreut werden. Sieben lange Jahre, in denen der sogenannte NSU unerkannt weiterzieht und weitere fünf Menschen tötet. Erst mit der Selbstenttarnung des NSU im November 2011 endet dieser Generalverdacht gegen einen gesamten Kiez in Köln. Und es setzt eine Zeit der Entschuldigungen und Einladungen von hochrangigen Politikern ein.

Doch trotz allen Hofierens vermissen viele Bewohner der Keupstraße immer noch eine aktive Teilhabe in der Gesellschaft. Bis heute haftet ihnen der Vorwurf

mit Betroffenen rechter Gewalt zusammenzustehen. »Wir, die wir diese rassistische Mordserie nicht für möglich gehalten haben, stehen in der Verantwortung. Wir können nicht ungeschehen machen, was passiert ist. Aber jetzt, da die Gefahr klar benannt ist, wollen wir zusammenstehen – birlikte!«, so das Bündnis, dem auch die Amadeu Antonio Stiftung angehört.

120.000 Menschen sind Anfang Juni dem Aufruf nach Köln Mühlheim gefolgt. Drei Tage wurde so an die Opfer rechten Terrors erinnert, debattiert und bei einer großen Kundgebung für einen solidarischen Zusammenhalt demonstriert. Das Herzstück des Birlikte-Wochenendes bildete vor allem auch das Keupstraßen-Fest: Sämtliche Ladenbesitzerinnen und -besitzer öffneten an diesem Sonntag ihre Geschäfte, um allen Interessierten kulinarische Köstlichkeiten anzubieten. Viele von ihnen stellten dabei auch ihre Räumlichkeiten für Info-Veranstaltungen zur Verfügung. Bei der Abschlusskundgebung traten neben Clueso, den Fantastischen Vier, BAP auch viele türkische Künstler auf. »Gegen Rassismus helfen keine Antibiotika, sondern nur regelmäßiges Engagement!«, appellierte Smudo von den Fantastischen Vier an die begeisterte Menschenmenge. Obwohl das Kon-



an, in ihrer Straße florierten kriminelle Geschäfte. Auch Abdulla Özkan fühlt sich bis heute allein gelassen. »Die Opfer stehen überhaupt nicht im Mittelpunkt«, beobachtet auch Anetta Kahane, Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung. »für die Zukunft würde ich mir sehr viel mehr Empathie wünschen.« Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund hat sich ein breites Bündnis aus Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft zusammengeschlossen, um gemeinsam

zert wegen eines starken Unwetters vorzeitig abgebrochen werden musste und Peter Maffay, Udo Lindenberg und Max Herre daher leider nicht mehr auftreten konnten, ist mit Birlikte die erste große öffentliche Veranstaltung gelungen, mit der Solidarität gezeigt wurde.

Von Anna Brausam
Fotos: Robert Damrau

Vom Leben und Überleben



GEFÖRDERTES PROJEKT »Seine Pläne und Träume wurden mit ihm zusammen vernichtet«, so die jüngere Schwester über ihren Bruder Süleyman Taşköprü. Der Familienvater wurde nur 31 Jahre alt – erschossen mit einer Pistole Typ Česká. Er war das dritte von zehn Opfern der brutalen Mordserie des NSU. Die von der Amadeu Antonio Stiftung geförderte Wanderausstellung »Die Opfer des NSU und die Aufarbeitung der Verbrechen« zeigt einen sehr privaten Einblick in das Leben der zehn Ermordeten und das Überleben der Angehörigen nach der Tat. Durch intensive Recherchen der Sozialwissenschaftlerin Birgit Mair ist

so eine eindrucksvolle Ausstellung entstanden, die die Betroffenen und nicht die Täter in den Mittelpunkt stellt. Neben langen Gesprächen mit Angehörigen, saß sie stets auch als Beobachterin des NSU Untersuchungsausschusses im Bayerischen Landtag und erlebte dort wie Opfer verunglimpft wurden, obwohl fünf der zehn Morde in Bayern stattfanden. Die Wanderausstellung kann mit pädagogischem Begleitmaterial ausgiehen werden und ist derzeit an mehreren Orten zu sehen. Termine und weitere Infos unter www.opfer-des-nsu.de

Von Anna Brausam

Angstzonen aufbrechen

GEFÖRDERTES PROJEKT Seit nunmehr sechs Jahren treffen sich regelmäßig Neonazis am Skagerrakufer in Kiel (Schleswig-Holstein), um Partys mit rechtsextremer Musik zu feiern und rechte Aktivitäten zu planen. Gewalt blieb dabei nicht aus: mehrmals war der ortsansässige Kebladen Ziel ihrer rassistischen und menschenverachtenden Attacken. Um den Neonazis keinen Raum für ihre Ideologie und Vorhaben zu lassen, veranstaltet der junge Verein Anstatt e.V. in Kiel nun bereits zum dritten Mal das »Festival am kleinen Strand«.

Die Amadeu Antonio Stiftung unterstützt sie in ihrem Vorhaben. »Anfangen hat das Ganze damit, dass Rechtsextreme CD's mit Nazi-Musik an Kieler Schulen verteilt haben. Da sowas nicht klar geht, haben wir deren Idee geklaut und coole CD's mit cooler Musik gegen Nazis an Schulen verteilt«, erklären die Engagierten des Anstatt e.V. Da diese Aktion nicht die einzige bleiben sollte, gründete sich der Verein vor nun drei Jahren. Seitdem ist viel passiert: zahlreiche Konzerte,

Informationsveranstaltungen und diverse Partys fanden statt, um vor allem die jungen Kielerinnen und Kieler gegen Rechts aufzurütteln. Das alljährliche Highlight bildet das »Festival am kleinen Strand«. Dieses Jahr unter dem Motto »Musik, Gemüse und warmes Wasser gegen Nazis«.

Am 30. August ist es wieder soweit: dann wird es am Skagerrakufer bunt, laut und tanzbar. Diverse Bands aus unterschiedlichen Musikgenres haben sich bereits angekündigt, um mit allen interessierten Besucherinnen und Besuchern einen unvergesslichen Tag ohne rechtsextremes Gedankengut und Pöbeleien zu feiern. Immer wieder kam es in den letzten Jahren zu kleineren Auseinandersetzungen mit Neonazis vor dem Veranstaltungsgelände, doch das Team rund um Anstatt e.V. ist optimistisch, dass ihr Festival auch in diesem Jahr ein großer Erfolg wird. Mithilfe der vielen engagierten Helferinnen und Helfer steht einem entspannten Tag mit toller Musik nun nichts mehr im Weg.

Von Lisa Herbst



Rettungsschirme: Annäherung an einen NSU-Tatort

GEFÖRDERTES PROJEKT Eine gemütliche Atmosphäre herrscht auf dem Neuen Markt in Rostock. Leute genießen bei einem Kaffee die Sonne oder schlendern an den Ständen. Interessiert blicken einige Anwesende auf die andere Seite vom Markt. Dort werden zwei Schirme und diverse Requisiten, wie eine Badewanne oder ein Holzhaus, aufgestellt. Plötzlich sind Stimmen aus den Schirmen zu hören – es sind Erlebnisse von Flüchtlingen. Themen wie Ankunft, das erste Aufeinandertreffen mit den Behörden und rassistische Erfahrungen. Die ersten Menschen nähern sich den Schirmen und lauschen den verschiedenen Erfahrungsberichten. Drei Personen mit grauer Farbe im Gesicht gehen zu den Requisiten. Schnell wird klar: auch sie setzen sich künstlerisch mit der Flüchtlingspolitik und den verschiedenen Reaktionen der Bürgerinnen und Bürger auf Geflüchtete auseinander. Im Mittelpunkt der Kunstinstallation steht der Mord an Mehmet Turgut durch den NSU am 25. Februar 2004. Dies geht aus dem Flyer hervor, den Benno Plassmann motiviert allen Interessierten in die Hand drückt. Seine Künstlergruppe The Working Party und das befreundete Ensemble Ledestra nehmen sich seit vielen Jahren gesellschaftlicher und politischer Themen mit Aktionen im öffentlichen Raum an. Die Vorbeikommenden nehmen das Geschehen mit großer Neugierde auf. »Es ist wichtig, dass an einem so präsenten Ort auf dieses Thema aufmerksam



gemacht wird, schließlich hat man ja sonst kaum Berührungspunkte damit«, stellt ein Ehepaar fest. »Vor allem die Interviews haben mich zum Nachdenken angeregt und sind sehr beeindruckend«, erklärt ein junger Mann. Mehrere Tage lang konnten Interessierte sich die Kunstinstallation an verschiedenen Orten in Rostock anschauen und den Stimmen der Rettungsschirme lauschen. »Das Projekt hat gezeigt, dass sich die Auseinandersetzung mit den NSU-Morden enorm wichtig ist. Das Flüchtlingsstigma und der Umgang mit Geflüchteten liegt mir sehr am Herzen. Ich werde mich mit Sicherheit diesem Thema wieder widmen«, resümiert Plassmann.

Von Lisa Herbst

Willkommenskultur gestalten: »Niemand soll bei Null anfangen«

Gewalt und Hetze gegen Geflüchtete sind in Deutschland an der Tagesordnung. Über flüchtlingsfeindliche Einstellungen, ländliche Strukturen, und darüber, was jede und jeder Einzelne zum Schutz Geflüchteter tun kann, sprechen wir mit den Koordinierenden des Projekts »Aktion Schutzschild« der Amadeu Antonio Stiftung, Jan Riebe und Natalie Ofori.

Worum geht es im Projekt »Aktion Schutzschild«?

Natalie: Grundüberlegungen des Projektes sind: Was können Kommunen, aber auch Einzelpersonen – vornehmlich in ländlichen Regionen, aber auch in Städten – tun, um sich flüchtlingsfeindlicher Gewalt und Hetze entgegen zu stellen. Und vor allem: Wie können Flüchtlinge unterstützt werden. Erfreulicherweise versuchen Initiativen und Einzelpersonen an vielen Orten, sich einzubringen und der leider oft vorhandenen Gewalt gegen Flüchtlinge eine Willkommenskultur entgegenzusetzen, die ihren Namen auch verdient.

Wie sieht eure Arbeit vor Ort dann konkret aus?

Jan: An vielen Orten gibt es »Willkommensinitiativen«, die jahrelang viele Erfahrungen gesammelt haben. Gleichzeitig entstehen gerade an vielen Orten Gruppen, die gerne was tun möchten, aber nicht wissen wie. Hier kommen wir dann ins Spiel, denn niemand soll bei Null anfangen. Durch unsere eigene Erfahrung und eine enge Zusammenarbeit mit erfolgreich agierenden Willkommensinitiativen haben wir Wissen darüber angesammelt, welche Ansätze erfolgsversprechend sind und welche eher nicht. So können wir bundesweit örtliche Engagierte und Kommunen untereinander vernetzen und dazu beraten, wie Geflüchtete vor Gewalt geschützt und Inklusionshilfe vor Ort geleistet werden kann. Aber wir beraten nicht nur Initiativen, sondern auch Kommunen. Denn auch hier gibt es Kommunen mit viel Erfahrungen bei dem Thema und solche, die noch ganz am Anfang stehen.

Ihr habt erwähnt, dass der Schwerpunkt des Projektes auf dem ländlichen Raum liegt. Warum ist das so?

Natalie: Das hängt damit zusammen, dass im ländlichen Raum die Probleme häufig noch einmal anders gelagert sind, als in Städten. Der Sozialraum ist ein ganz anderer. Es existieren teilweise starke rechte Strukturen und Stimmungen, die eine Gefahr für Flüchtlinge bedeuten. Neben Rechtsextremismus und alltäglichem Rassismus sind auch die Infrastrukturen in abgelegenen Gebieten häufig ein Problem: Wege sind teilweise ewig lang. Flüchtlinge aus Torgelow zum Beispiel müssen zu ihren Deutschkursen nach Anklam reisen; teilweise drei Stunden hin und zurück. In Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg hören wir von Geflüchteten immer wieder, dass Ärzte nur deutsch sprechen. Dolmetschende für Behördengänge bekommen keine ausreichenden Fahrtkosten erstattet, so dass diese gar nicht erst in die Region kommen.

Im ländlichen Raum gibt es also anders gelagerte Problem, aber auch andere Ressourcen, auf die zurückgegriffen werden kann. Daher der Aufruf: Projekte, Initiativen, Kommunen und Einzelpersonen, die Beratung rund um das Themenfeld »Willkommenskultur« wünschen, können sich sehr gerne an uns wenden, wir helfen dann direkt weiter, oder vernetzen Sie auch mit anderen Initiativen. Wir sind aber auch immer an erfolgreichen Projekten zur Willkommenskultur interessiert, denn an jedem Ort wo Flüchtlinge leben, sollte die Möglichkeit bestehen, an die Erfahrung anderer anzuknüpfen.

Hetze und Gewalt gegen Flüchtlinge 1. Halbjahr 2014

Rassistische Gewalt und Hetze gegenüber Flüchtlingen sind in Deutschland alltäglich



18 Übergriffe auf Flüchtlinge



18 Brandanschläge auf Unterkünfte



16 Sachbeschädigungen an Unterkünften



155 Flüchtlingsfeindliche Kundgebungen/Demonstrationen

Statistisch gesehen ...

... findet beinahe jeden Tag eine flüchtlingsfeindliche Kundgebung bzw. Demonstration statt

... finden jeden Monat mehr als fünf Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte statt

Quelle: »Rechte Hetze gegen Flüchtlinge - Eine Chronik der Gewalt« abrufbar auf mut.gegen-rechte-gewalt.de

GEMEINSAM GEGEN RASSISMUS

AMADEU ANTONIO STIFTUNG
INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR

PRO ASYL
DER EINZELFALL ZÄHLT

Im Stich gelassen Betroffene rechter Gewalt in Niedersachsen

Hilferufe kommen immer wieder, vor allem aus dem Landkreis Schaumburg. »Dort gab es in den letzten Jahren zwischen 50 und 60 Angriffe auf Neonazis«, sagt Anika Döhring. Sie arbeitet bei der Mobilien Opferberatung Nord mit Sitz in Magdeburg, Sachsen-Anhalt. Sie hat hier alle Hände voll zu tun, Betroffene rechter Gewalt zu betreuen. Dennoch sitzt ein Teil ihrer Klientinnen und Klienten auch jenseits der Grenzen, in Niedersachsen. In den vergangenen drei Jahren hat Döhring rund 60 Menschen aus niedersächsischen Städten und Gemeinden betreut, ehrenamtlich, in ihrer Freizeit. Dass sich zahlreiche Opfer regelmäßig an die Beratung in Sachsen-Anhalt wenden, führt Döhring auf die fehlende Unterstützung zurück, auch von der dortigen Polizei. Immer wieder seien Betroffene und ihre Familien in ihrer Notsituation allein gelassen worden, habe man ihnen staatliche Unterstützung

versagt, wurden Angegriffene zu Tätern erklärt. Einem alternativen Jugendlichen, der von Neonazis zusammen geschlagen wurde, beschiedenen die Beamten, er sei ja selber schuld, wenn er so ein T-Shirt trage. »Das ist die klassische Täter-Opfer-Umkehr«, kritisiert Döhring. »Immer wieder haben Betroffene derart negative Erfahrungen mit der Polizei gemacht. Das Vertrauen, sich an Beamte vor Ort zu wenden, ist daher nicht besonders groß.« Entsprechend hoch, stellt die Rechtsextremismus-Expertin fest, sei die Dunkelziffer rechtsextremer Gewaltakte. Viele Jugendliche seien weggezogen, »weil sie die Gewalt vor Ort, das Ausgeliefertsein und die Ausweglosigkeit einfach nicht mehr ertragen haben.

**»DAS IST DIE
KLASSISCHE
TÄTER-OPFER-
UMKEHR«**

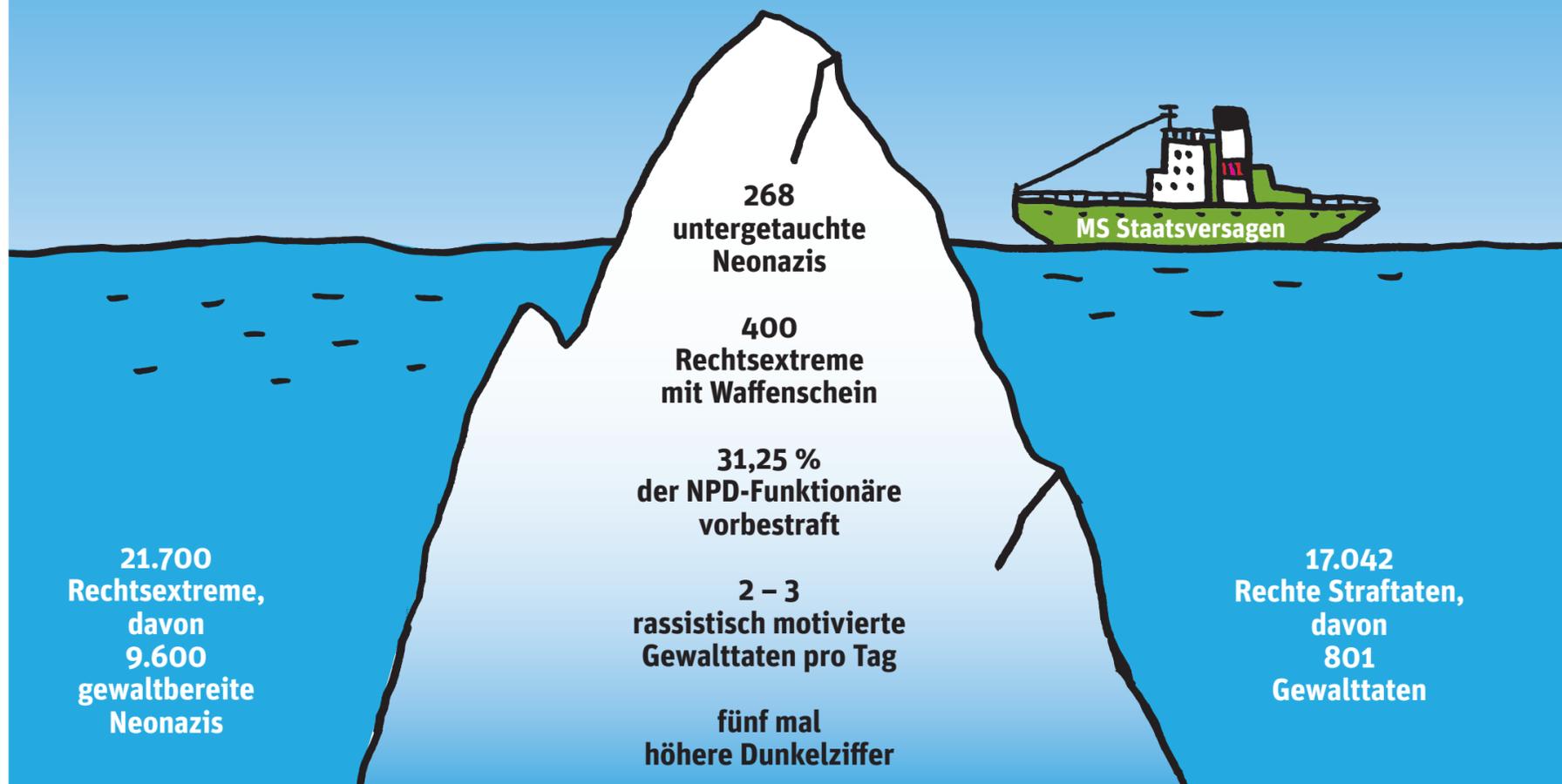
Wer keine Unterstützung gegen Neonazis erfährt, der resigniert«, sagt Döhring. Jene, die noch da sind, fühlen sich von den Verantwortlichen im Stich gelassen: Jahrelang, berichtet ein betroffener Vater, seien seine Kinder von Nazis in Bückeburg grün und blau geschlagen worden. Auch ihnen zu Hause hätten die Neonazis zugesetzt, das Haus der Familie wurde angesprüht, Scheiben eingeworfen, Autoreifen zerstochen. »Die Erfahrungen, die wir in den vergangenen Jahren mit der Polizei gemacht haben«, so der Familienvater, »waren jedoch mehr als ernüchternd. Die Opferrolle ist uns quasi systematisch aberkannt worden. Der Tenor der Beamten lautete immer wieder: Wenn sich unsere Kinder politisch betätigen würden, müssten sie

sich auch nicht wundern, von Rechten angegriffen zu werden.«

Und wie immer, wenn Behörden und Kommunen den neonazistischen Umtrieben kein Paroli bieten, kam es auch in Schaumburg zu einer Verfestigung der Szene, berichten Experten. Bückeburg, konstatiert der Rechtsextremismusberater des Vereins Miteinander e.V., Martin Burgdorf, »war lange eines der Epizentren der rechten Szene«. Auch Burgdorf wird immer wieder von Betroffenen aus der Region angesprochen, um Hilfe gebeten, obwohl sein eigentliches Einsatzgebiet Sachsen-Anhalt ist. »Die Einrichtung einer Beratungsstelle für Betroffene rechtsextremer Gewalt in Niedersachsen ist seit Jahren überfällig«, stellt Burgdorf fest. Denn wie groß der Bedarf für eine professionelle Beratung ist, zeigt sich am Landkreis Schaumburg deutlich.

Von Marion Kraske

Der NSU ist nur die Spitze des Eisbergs



Quellen: Antworten der Bundesregierung auf kleine Anfragen, Studie der Europäischen Grundrechteagentur, Verfassungsschutzbericht 2013

»Der NSU ist nur die Spitze des Eisbergs« – die oft benutzte Floskel soll veranschaulichen, dass die rechtsextreme Szene gefährlicher ist, als bisher angenommen. Und trotzdem arbeiten sich Untersuchungsausschüsse und Gerichte nur an diesem kleinen Teil ab, wenn es um die Aufarbeitung des staatlichen Versagens im Umgang mit rechter Gewalt geht.

Den NSU als Einzelfall abzutun greift zu kurz. Denn bis heute stehen bundesweit Neonazis mit Haftbefehl auf der Fahndungsliste, deren Aufenthaltsort den Sicherheitsbehörden unbekannt ist. Ein großer Teil der Neonazis verfügt über die

Erlaubnis zum Waffenbesitz. Und rassistisch motivierte Täter sind bereit, Gewalt auszuüben. Im Schnitt zweimal täglich schlagen sie zu. Auch das ist nur »die Spitze des Eisbergs«. Denn laut der Europäischen Grundrechteagentur kommen nur ein Fünftel aller rassistischen Übergriffe zur Anzeige – weil die Betroffenen kein Vertrauen in die staatlichen Rechtssysteme haben.

Wir sollten nicht vergessen: auch die Mitglieder des NSU waren jahrelang untergetaucht, hatten Zugang zu Waffen und planten unerkannt ihre Mordserie an zehn unschuldigen Menschen.

IHRE SPENDE KOMMT AN!

Die beste Antwort auf Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sind Initiativen, die sich vor Ort ganz konkret für eine demokratische Kultur engagieren. Mehr als 800 solcher Projekte konnten wir bereits fördern und so an vielen Orten das Klima zum Guten ändern. Lassen Sie uns gemeinsam diesen Erfolg fortsetzen. Ihre Spende bewirkt viel!

Mit 100 Euro ermöglichen wir den Druck eines Flyers über die Parolen einer vermeintlichen Bürgerinitiative, die mit Vorurteilen Stimmung machen will. Mit 250 Euro finanzieren wir ein Jugendkonzert, das eine Alternative zur rechten Alltagskultur bietet und Menschen zusammenbringt. Mit 1.000 Euro machen wir eine Ausstellung möglich, die an Opfer rechter Gewalt erinnert und an Schulen gezeigt werden kann.

Spendenkonto: GLS Bank | BLZ 430 609 67 | Konto 600 500 0000
IBAN: DE32 4306 0967 6005 0000 00 | BIC: GENODEM1GLS

Spenden an die Amadeu Antonio Stiftung sind steuerlich abzugsfähig. Die Stiftung sendet Ihnen eine Spendenquittung zu, bitte geben Sie hierzu Ihre Adresse bei der Überweisung an.

ICH MÖCHTE DIE AMADEU ANTONIO STIFTUNG UNTERSTÜTZEN!

- Ich spende per Lastschrift einmalig _____ €
- Ich spende per Lastschrift _____ €
- monatlich halbjährlich jährlich

Ich bin damit einverstanden, dass die Amadeu Antonio Stiftung diesen Betrag von meinem Konto einzieht. Die Einzugsermächtigung kann ich jederzeit ohne Angabe von Gründen widerrufen. Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Kreditinstitutes keine Verpflichtung zur Einlösung.

IBAN	Name, Vorname
BIC	Straße, Nr.
Name der Bank	PLZ, Ort
Datum	Telefon
Unterschrift	E-Mail

Bitte ausschneiden und einsenden an:
Amadeu Antonio Stiftung, Liniestraße 139, 10115 Berlin

NACH DEN ERFOLGEN NICHT AUFHÖREN

GEFÖRDERTES PROJEKT Im schleswig-holsteinischen Neumünster gehören Rechtsextremisten seit langer Zeit zum traurigen Alltag. Doch inzwischen bewegt sich etwas in der Stadt. Immer mehr Bündnisse gründen sich mit dem Ziel, ein Zeichen gegen Rechts zu setzen. Mehrere Schulen in Neumünster und Umgebung besitzen den Titel »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage«, weil sie sich offen mit der Thematik auseinandersetzen und ein Miteinander ohne Vorurteile und Diskriminierung anstreben. Ein weiterer Erfolg für die Stadt: dem langjährigen Neonazitreffpunkt »Club 88« wurde Anfang März der Mietvertrag gekündigt.

Nun soll es eine gemeinschaftliche Vernetzung der verschiedenen Bündnisse geben. »Wir wollen eine Plattform aller Bündnisse, Initiativen, Stiftungen, Projekte und Vereine in Schleswig-Holstein schaffen, um mehr Demokratie und Toleranz stärken zu können«, erklärt Dieter Hanisch, Initiator des Projektes »Demokratie stärken«. Gemeinsam mit dem Verein Toleranz und Zivilcourage Neumünster hat er die Veran-

staltung ins Leben gerufen, die von der Amadeu Antonio Stiftung gefördert wird. Im September bekommen die verschiedenen Akteure aus Schleswig-Holstein die Möglichkeit, über ihre Erfahrung im Umgang mit Rechtsextremismus zu berichten und sich selbst den anderen Bündnissen und Vereinen vorzustellen. Ein wichtiger Schwerpunkt der beiden Tage soll die gezielte Vernetzung der Schulen im Land darstellen. Dafür soll eine Ausstellung über die Schulen entstehen, die ihre Erfolge im Bereich der Integration und Rechtsextremismusbekämpfung vorstellt. Im direkten Kontakt mit den Schülerinnen und Schülern können sich so andere Schulen Tipps und Anregungen holen. Zusätzlich werden zahlreiche Workshops und Vorträge über Neonazis im Internet bis hin zu Ratgebern, wie mit verdeckten Anmietungen von Immobilien und Räumlichkeiten durch die rechte Szene umgegangen werden sollte, angeboten.

Mit dieser Veranstaltung wird erst der erste Schritt zum gemeinsamen Handeln gegen Rechts getan. Weitere landesweite Aktionen sind schon in der Planung. *Von Lisa Herbst*

Impressum

Herausgeber: Amadeu Antonio Stiftung
Liniestraße 139, 10115 Berlin
Telefon: 030. 240 886 10

Mail: info@amadeu-antonio-stiftung.de

Redaktion: Robert Lüdecke

Mitarbeit: Carmen Altmeyer, Sophie Bose, Anna Brausam, Lisa Herbst, Anetta Kahane (V.i.S.d.P.), Marion Kraske, Verena Meyer, Jan Rathje, Timo Reinfrank, Christoph Scheidtler, Anna Schmidt, Zoé Sona, Malte Switkes vel Wittels

Gestaltung: Design, Berlin

Sofern nicht anders angegeben, liegen die Bildrechte bei der Amadeu Antonio Stiftung.

© Amadeu Antonio Stiftung, Juli 2014

AMADEU ANTONIO STIFTUNG

INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR